

Newsletter

Nr. 25/2024

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

am Ende der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause melde ich mich zurück mit meinem Newsletter aus Berlin. Während Migrations-, Haushalts- und Wirtschaftskrise auch über den Sommer keine Pause gemacht haben, wird auch im Bundestag einmal mehr deutlich: Die Ampel-Regierung steht vor einer ganzen Reihe an Herausforderungen – und ist diesen kaum gewachsen.

Man gewinnt gar den Eindruck, dass die Herausforderungen gar nicht mehr erkannt werden. Erst vor kurzem hat der Bundeskanzler in einem Interview gesagt: „Wenn jemand 2021 eine Weltreise angetreten hätte, ohne Handyempfang und ohne Mediennutzung und jetzt nach Deutschland zurückkäme, wäre er von der Regierungsbilanz beeindruckt.“ Ob diese Aussage nun aus Ignoranz oder Arroganz getroffen wurde – die meisten Bürgerinnen und Bürger scheinen dies jedenfalls vollkommen anders zu sehen.

Denn die Ampel ist so unbeliebt wie noch nie. Laut einer Umfrage sind 84 Prozent mit der Regierungsarbeit unzufrieden. Auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen verzeichneten die Ampel-Parteien herbe Verluste, während auf der anderen Seite mit AfD und BSW die politischen Ränder erstarkten. Die CDU konnte auch unter schwierigsten Bedingungen gute Ergebnisse erzielen. In Sachsen bleibt die CDU unter Ministerpräsident Michael Kretschmer stärkste Partei im Landtag. In Thüringen beansprucht die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Mario Voigt, den neuen Ministerpräsidenten zu stellen. In beiden Ländern dürften Koalitionsgespräche schwierig werden, weshalb dringend geboten ist, dass alle Demokraten – im Bewusstsein ihrer enormen Verantwortung – miteinander reden.

Und in Berlin muss die Ampel nun endlich die Realitäten anerkennen. Stattdessen spricht die Koalition davon, sie müsste ihre Politik nur besser erklären – ich würde sagen, sie muss ihre Politik auch besser machen!

Jhr
Nina Warken

Bundeshaushalt für 2025

In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause wurde der Bundeshaushalt für 2025 eingebracht. Damit debattierten wir auch über die politischen Prioritäten der Ampel-Regierung für das kommende Jahr. Diese Prioritäten – so machte Fraktionschef Friedrich Merz in der Generaldebatte deutlich – werden einmal mehr falsch gesetzt. Doch nicht nur das, der Haushaltsentwurf ist maximal unrealistisch, unehrlich und verantwortungslos. Denn statt eine Haushaltseinigung vorzulegen, delegiert die Ampel-Regierung das Ergebnis ihrer Nicht-Einigung an das Parlament. Wir erleben das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass ein Bundeshaushalt in den Bundestag eingebracht wird, von dem die Regierung selbst hofft, dass der Bundestag ihn korrigiert. Denn so, wie er jetzt ist – mit allein zwölf Milliarden Euro Globaler Minderausgabe – kann er natürlich nicht bleiben.

Kein Haushaltsentwurf hat bisher in so hohem Umfang ungedeckte Positionen enthalten. Damit ist nicht nur wahrscheinlich, sondern geradezu davon auszugehen, dass im Laufe des nächsten Jahres das Geld ausgeht. Die Ampel scheint nicht für das gesamte nächste Jahr, sondern nur bis September 2025 zu planen. Doch nicht nur die Ausgabenplanung ist in hohem Maße unseriös, auch bei der Einnahmenplanung werden infolge der avisierten Wachstumsinitiative Steuermehreinnahmen veranschlagt, während die Maßnahmen für besagte Initiative noch gar nicht auf den Weg gebracht sind. Wenn man allerdings überall in der Wirtschaft Stellenabbau und Einsparungen sieht, ist viel eher mit weniger Einnahmen zu rechnen.

Um nur ein weiteres Beispiel der unseriösen Haushaltspolitik der Ampel zu nennen: Obwohl es 2024 einen Nachtragshaushalt für die Mehrkosten beim Bürgergeld braucht, rechnet die Regierung für das kommende Jahr mit einem Ausgabenrückgang von fünf Milliarden Euro. Und das, während die Zahl der Bürgergeldempfänger in ihrer Regierungszeit um 300.000 Personen gestiegen ist und sich bislang keineswegs ein gegenläufiger Trend abzeichnet.

Mit jeder Entscheidung, die die Ampel-Koalition trifft, werden die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtert. Gleichzeitig sind vor allem die Sozialausgaben zu hoch, was vor allem auf dem Rücken der jungen Generation ausgetragen wird. Wir können froh und dankbar sein, dass wir eine im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse haben. Denn ohne die hätte es sicher eine Explosion der Staatsverschuldung gegeben!

BERICHT
AUS **BERLIN**

EINLADUNG
via Webex



Di. 24.09.2024



18:00 Uhr

**JETZT
VORMERKEN!**

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

Bitte wählen Sie sich unter folgendem Link zur Veranstaltung ein:

Meeting-Link: <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=m5d797a216eeca459ace835c3b798d39e>

Meeting-Passwort: BerichtAusBerlin

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2025: Streichung der Mittel für Sprach- und Orientierungskurse ist ein Desaster für sämtliche Integrationsanstrengungen



Bildquelle: CDU Deutschland

Im Rahmen der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2025 sprach ich als Bericht-erstatlerin für Integration der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwochvormittag im Plenum. In meiner Rede ging ich sowohl mit den Kürzungsplänen der Ampel für Integrationskurse als auch mit der Arbeit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung hart ins Gericht. Es ist zunächst einmal höchste Zeit, dass die Bundesregierung anfängt, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und die Nöte der Kommunen ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln. Systematische Grenzkontrollen und consequente Zurückweisungen sind das, was es jetzt zur Begrenzung der illegalen Migration und zum Schutz vor dem islamistischen Terror braucht.

Nicht genug, dass beim unerlaubten Zuzug nichts getan wird, gleichzeitig lässt man diejenigen im Stich, die bereits im Land sind, sieht doch der Haushaltsentwurf eine drastische Kürzung der Mittel für Integrationskurse auf die Hälfte vor. Doch der zu erwartende Aufschrei der Integrationsbeauftragten Reem Alabali-Radovan (SPD) dazu bleibt paradoxerweise aus. Dabei soll die Integrationsbeauftragte doch eine Stimme sein sowohl für die Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, als auch für die Kommunen, die mit den Herausforderungen der Migration umgehen müssen.

Die Träger von Integrationskursen dürfen nicht allein gelassen werden. Wenn die Kürzungspläne der Ampel so kommen, wird es 2025 keine neuen Integrationskurse mehr geben und auch der von Bundesarbeitsminister Heil hochgepriesene „Job-Turbo“ wird so final zum Flop-Turbo. Die Schließung von Einrichtungen, der Wegfall von Integrationskursen und die Folgen für den Arbeitsmarkt werden sehenden Auges in Kauf genommen. So kann und wird Integration definitiv nicht gelingen. Das Ergebnis unserer Politik sollte nicht sein, dass Migranten ohne Deutschkenntnisse, ohne Perspektive und ohne Beschäftigung zu Hause sitzen. Das wäre ein integrationspolitisches Desaster!

Warum sind die Gespräche mit der Ampel-Regierung gescheitert?



Bildquelle: Tobias Koch

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hatte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem persönlichen Gespräch am 27. August 2024 die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeboten, um eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik einzuläuten. Anschließend lud die Bundesregierung zu einem ersten Treffen mit Vertretern der Union ein. Bei diesem Treffen haben unsere Vertreter verdeutlicht, welche Maßnahmen jetzt notwendig sind. Dazu zählen die Beendigung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, die Beendigung von freiwilligen Aufnahmeprogrammen (z.B. für Afghanistan) und die Wiedereinführung des Ziels der Begrenzung von Migration im Aufenthaltsgesetz. Entscheidend war und ist der Schutz der deutschen Grenze vor unerlaubten Einreisen. Wir haben der Bundesregierung unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass nur Zurückweisungen an der deutschen EU-Binnengrenze die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland unterbinden können. Die Etablierung einer solchen Zurückweisungspraxis würde das Grundprinzip des „Dublin-Systems“ wiederherstellen: Der Ersteinreisestaat ist für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig. Eine solche Zurückweisungspraxis ist nach unserer Rechtsauffassung möglich und nötig.

Die Bundesregierung hat in einem am Dienstag stattgefundenen zweiten Gespräch ihren Vorschlag vorgelegt. Im Kern setzt die Bundesregierung nicht auf Zurückweisungen an der Grenze, sondern auf beschleunigte Dublin-Verfahren im existierenden System der Asyl- und Migrationspolitik. Dabei ist fraglich, ob eine solche Beschleunigung mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenem Verfahren erreicht werden kann. Oder um es mit den Worten unseres Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers, Thorsten Frei MdB, zu sagen: „Aus Raider wird jetzt Twix, sonst ändert sich nix!“.

Das zeigt: Die Ampel-Regierung hat keine Kraft für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik. Sie ist intern heillos zerstritten und kann sich nicht auf wirksame Maßnahmen einigen. Die von Nancy Faeser vorgelegten Vorschläge bleiben sehr weit hinter dem zurück, was jetzt notwendig wäre: Eine konsequente Zurückweisung an den deutschen EU-Binnengrenzen. Nur so lässt sich der Zustrom nach Deutschland stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten keinen Ampel-Minimalkompromiss, sondern die Lösung des Problems. Diese Tatenlosigkeit der Bundesregierung, für die Bundeskanzler Olaf Scholz die Verantwortung trägt, ist eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel kapituliert vor der Herausforderung der irregulären Migration. Die Bundesregierung ist handlungsunfähig und führungslos.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht für Scheinlösungen nicht zur Verfügung. Die nun tatsächlich notwendigen Maßnahmen für eine neue Asyl- und Migrationspolitik sind bekannt. Es gibt keinen Rede-, sondern Handlungsbedarf. Wir erneuern unsere Forderung nach konsequenter Zurückweisung an der Grenze zur Beendigung der massenhaften illegalen Einreise nach Deutschland und haben einen entsprechenden Antrag noch am Donnerstag ins Plenum eingebracht.

75 Jahre CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Nicht nur Parlament und Grundgesetz feiern ihren 75. Jahrestag – auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf in diesem Jahr dieses besondere Jubiläum begehen. Zu diesem Anlass sind wir in den wieder aufgebauten Plenarsaal in Bonn (Behnisch-Bau) zurückgekehrt, um als Unionsfamilie unserer Anfänge zu gedenken und zugleich den Blick in die Zukunft zu richten.

Am 1. September 1949 fand in einem Bonner Hotel die Konstituierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Ein wichtiger Tag – sowohl für die Union als auch für die Bundesrepublik, denn in den 75 darauffolgenden Jahren haben wir die Geschicke unseres Landes wesentlich mitgestaltet. Von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard über Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel – auf diese CDU-Kanzler konnten sich die Deutschen in oftmals unruhigen Zeiten verlassen. In über 50 Jahren in Regierungsverantwortung haben wir zu Freiheit, Sicherheit, Wachstum und Wohlstand unseres Landes und unserer Bevölkerung maßgeblich beitragen dürfen. Diese Aufgabe war uns immer eine Ehre, deren großer Verantwortung wir uns stets bewusst waren. Und die Union ist bereit, diese auch in Zukunft zu übernehmen. Das habe ich nicht nur im Rahmen der Feierlichkeiten gespürt, das zeigt sich an jedem einzelnen Tag in unserer starken Oppositionsarbeit!

Es war ein würdiges, dem historischen Datum angemessenes Fest. Es war mir Ehre und Freude, dass ich die Feierlichkeiten als Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorbereiten durfte. Ich danke meinem Team für die tolle Unterstützung und allen Mitwirkenden für ihren Beitrag!

Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bildquelle: Tobias Koch

Vor der ersten Sitzungswoche fand sich der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Neuhardenberg (Brandenburg) zur Klausurtagung zusammen. Zwei Tage lang haben wir uns schwerpunktmäßig mit der Modernisierung unseres Staates, dem Stopp der irregulären Migration und der Wiederherstellung der inneren Sicherheit beschäftigt. Denn Tatsache ist: Die unkontrollierte Zuwanderung und die Zunahme von Gewalt treiben die Menschen um und deshalb braucht es dringend politische Lösungen! Mit unseren tollen Gästen, Bundespolizeipräsident Dr. Dieter Romann und Migrationsforscher Prof. Dr. Ruud Koopmanns, haben wir intensiv diskutiert und viele Anregungen mitgenommen. Unsere Leitlinien und Ziele sind justiert – so starten wir voller Elan und mit vielen frischen Ideen in das letzte Jahr vor der Bundestagswahl.

Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Am vergangenen Wochenende öffnete der Deutsche Bundestag seine Türen für den Tag der Ein- und Ausblicke. In diesem Jahr sogar mit einem zusätzlichen besonderen Anlass: Zwei tragende Säulen unserer Demokratie, das deutsche Parlament und das Grundgesetz, feiern in diesem Jahr ihren 75. Jahrestag. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher haben dieses Jubiläum mitgefeiert. Darüber hinaus hatten sie die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen des Parlaments zu werfen. Im Gespräch mit Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Bundestages erfuhren die Gäste mehr über die Arbeitsweise des Parlaments, der Ausschüsse, der Fraktionen und der Bundestagsverwaltung. Auch in den einzelnen Gebäuden des Bundestages gab es viel zu entdecken: Ob im Reichstagsgebäude mit dem Plenarsaal oder im Paul-Löbe-Haus mit seinen zahlreichen Ausschusssitzungssälen. Natürlich war auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einem eigenen Stand vertreten.

Mit Manuel Hagel MdL unterwegs im Main-Tauber-Kreis



Bildquelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Christoph Obel

Anfang September hatte ich die Gelegenheit, den CDU-Fraktions- und Parteivorsitzenden Manuel Hagel MdL im Main-Tauber-Kreis zu empfangen. Um den Landkreis mit seiner ganzen Vielfalt vorzustellen, besuchten wir gemeinsam mit Landrat Schauder verschiedene Stationen.

Zunächst ging es dafür zu einem Redaktionsgespräch zu den Fränkischen Nachrichten in Tauberbischofsheim. Bei der anschließenden Betriebsbesichtigung bei der Distelhäuser Brauerei erhielten wir spannende Einblicke in die Braukunst. Mit Moritz Bauer als Geschäftsführendem Gesellschafter wird der Familienbetrieb bereits in siebter Generation geführt. Beeindruckend ist immer wieder das Kloster Bronnbach, wo Kultur und Forschung aufeinandertreffen. Denn hinter historischen Klostermauern findet das Fraunhofer ISC seinen Platz. Bei der Firma Lauda in Lauda-Königshofen konnten wir anschließend sehen, wie vielseitige und innovative Temperierungslösungen produziert

werden. Einen gelungenen Abschluss fand der Tag schließlich bei einem sehr gut besuchten Abendempfang der CDU Lauda-Königshofen im Rebgut.

Kreishauptversammlung der Frauen Union Neckar-Odenwald



Bildquelle: FU Neckar-Odenwald-Kreis

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Frauen Union Neckar-Odenwald fand in Osterburken statt. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch die Vorsitzende Margaret Horb gab ich in meinem Grußwort einen kurzen Einblick in die aktuelle politische Lage. Dabei stellte ich zugleich heraus, dass die kommunalpolitische Ebene das Fundament für die erfolgreiche politische Arbeit unserer Partei ist. Umso wichtiger, dass es so viele engagierte Frauen wie in der FU gibt. Vielen Dank für den guten Austausch und herzlichen Glückwunsch an Margaret Horb zur Wiederwahl als Vorsitzende und an alle anderen Gewählten!

Austausch mit dem Transporthubschrauberregiment in Niederstetten



Bildquelle: Bundeswehr Transporthubschrauberregiment 30

Gemeinsam mit dem Landesfachausschuss (LFA) Äußere Sicherheit und Entwicklungspolitik der CDU Baden-Württemberg besuchte ich den Bundeswehrstandort in Niederstetten. Das dort beheimatete Transporthubschrauberregiment 30 „Tauberfranken“ ist für Einsätze im Rahmen der kollektiven Verteidigung, zur Unterstützung von Verbündeten und bei Friedensmissionen unter NATO, EU und UN zuständig. Es transportiert Truppen und Versorgungsgüter und nutzt dafür den Mehrzweckhubschrauber NH90. Auch werden mit dem Unterstützungshubschrauber H145 LUH SAR zivile Rettungseinsätze geflogen.

Der Besuch war äußerst informativ und machte zugleich deutlich, dass Personalmangel, zu lange Inspektionszeiten und Ausrüstungsprobleme nach wie vor große Herausforderungen sind. Gut ist, dass die gesetzlich zu regelnde kürzere Sonderinspektionszeit für den NH 90 auf einem guten Weg ist, um mehr Einsatzbereitschaft zu generieren.

Ab 2027 werden auch die neuen leichten Kampfhubschrauber in Niederstetten stationiert. Herzlichen Dank für die spannenden Einblicke sowie an den LFA-Vorsitzenden Volker Mayer-Lay MdB für die Initiative!

Fotogalerie



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion

**Lieber Achim Brötel,
herzlichen Glückwunsch
zur Wahl als Präsident des
Deutschen Landkreistages!**



Bildquelle: Marcel Ditrich

**Austausch mit den Vereinigungen
der CDU Baden-Württemberg**



Bildquelle: Büro Warken

**Sondersitzung des Innenausschusses
zum Anschlag von Solingen**



Bildquelle: Büro Warken

**Bereit für die Generaldebatte
zum Haushalt**



Bildquelle: Büro Warken

Verbändeabend der Fraktion



Bildquelle: Büro Warken

**Festakt zum 75-jährigen Jubiläum
der CDU/CSU Bundestagsfraktion**



Bildquelle: Marcel Ditrich

Mit Manuel Hagel MdL unterwegs im Main-Tauber-Kreis



Bildquelle: Marcel Ditrich



Bildquelle: Marcel Ditrich

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)